

Datum: 06.03.2026

Autor: Annalena Müller

«Merken Polizisten in verschiedenen Kantonen, dass sie die dieselben Verbrecher jagen?» - «Zurzeit nicht»



Oft wissen Schweizer Ermittler nicht, dass Kollegen von ihnen an denselben Fällen arbeiten. Karin Kayser-Frutschi erklärt, warum der Föderalismus Ermittlungen hemmen kann - und wie ein neues IT-System Abhilfe schaffen soll.

Karin Kayser-Frutschi, Präsidentin KKJPD, im Haus der Kantone in Bern.

Foto: Beat Mathys

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.

Abo abschliessen Login

BotTalk

Seit bald zehn Jahren schon suchen Bund und Kantone nach einer Lösung, um den polizeilichen Datenaustausch zu verbessern. Massgeblich beteiligt ist Karin Kayser-Frutschi, die Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren

(KKJPD). Sie spricht über die konkreten Probleme, die sich dabei stellen - und wie sie diese in Zusammenarbeit mit dem Bund lösen will.

Frau Kayser-Frutschi, wenn heute eine Einbrecherbande im Wallis, in Schaffhausen und in Graubünden Häuser ausräumt: Merken die Polizeikörper, dass sie dieselben Leute jagen?

Zurzeit nicht. Jede Kantonspolizei hat ein eigenes Rapportsystem, und die Systeme sind nicht miteinander vernetzt. Walliser Ermittler können zwar in Schaffhausen nachfragen, wenn sie etwas Grossflächiges vermuten, aber die Beschaffung von Informationen aus anderen Kantonen ist heute ein schwerfälliger Prozess.

Es kann also sein, dass Ermittlerinnen und Ermittler viele Arbeitsstunden einsetzen, bis sie merken, dass sie auf der falschen Fährte sind?

Ich glaube, es geht weniger um falsch eingesetzte Stunden, sondern grundsätzlich darum, Ermittlungen effizient und lösungsorientiert durchzuführen. In der interkantonalen Polizeiarbeit braucht es eine Balance zwischen Persönlichkeits- und Datenschutz einerseits und wirkungsvollen Ermittlungsmöglichkeiten andererseits. Datenschutz ist wichtig, darf die Aufklärung von Verbrechen aber nicht behindern oder gar verunmöglichen.

Mit Polap gibt es ein System, das auch Datenschüt-

zer zufriedenstellt. Was wird damit konkret vereinfacht, das heute noch nicht geht?

Polap ist eine polizeiliche Abfrageplattform. Berechtigte Personen können damit bei den Kantonen hinterlegte Daten abfragen. Das erleichtert Ermittlungen über Kantonsgrenzen ungemein - etwa bei einer Einbrecherbande oder organisierter Kriminalität, die sich selten auf einen Kanton begrenzt. Wichtig ist auch, zu sagen, was Polap nicht ist. Es ist keine zentrale Datenbank, auf der alles gespeichert ist. Nicht jeder Polizist hat automatisch auf alles Zugriff. Der Daten- und Persönlichkeitsschutz bleibt also gewahrt. Auch sind alle Zugriffe nachverfolgbar. Strenge Schranken verhindern den Zugang zu Daten, die für den jeweils bearbeiteten Fall nicht relevant sind.

Warum müssen wir im Jahr 2026 immer noch nach Wegen suchen, um den Informationsaustausch zwischen den Kantonspolizeien zu ermöglichen?

Das ist eine gute Frage. Seit 2019 gibt es eine Motion auf Bundesebene, und technisch wäre der Austausch längst machbar. Letztlich ist es eine politische Frage: Wie viel Daten- und Persönlichkeitsschutz wollen wir, und welche Ermittlungsmöglichkeiten sind wir bereit, dem Staat zu geben?

Aber braucht es wirklich 7 Jahre, um diese Grundsatzzfragen zu entscheiden?

Es ist sehr bedauerlich, dass es so lange dauert, da bin ich absolut Ihrer Meinung. Das föderale System kann manchmal beschwerlich sein. Wir haben 26 Kantone mit 26 Rechtsgrundlagen und 26 Datenschutzern. Jede Reform muss durch alle Instanzen. Zudem besteht immer die Referendumsmöglichkeit und die Möglichkeit einer Überprüfung durch die Gerichte, die Projekte wie im vorliegenden Fall verzögern oder stoppen können. Hier stossen wir manchmal an die Grenzen unseres Systems. Da hybride

Bedrohungen aber nicht vor Kantonsgrenzen haltmachen, müssen Bund und Kantone künftig viel vernetzter arbeiten, um schneller zu werden.

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung für ein Bundesgesetz zum Informationsaustausch eröffnet. Gleichzeitig streben die Kantone ein Konkordat an. Das klingt nach Ressourcenverschwendung. Warum einigt man sich nicht auf einen einzigen Weg?

Im Gegenteil: Es ist effizient, parallel zu arbeiten. Auf Bundes- und auf Kantonsebene sind Hürden zu überwinden. Eine Bundeslösung erfordert eine Verfassungsänderung und somit eine Volksabstimmung. Verliert man diese, muss man wieder von vorne anfangen - das können wir uns sicherheitspolitisch nicht leisten. Deshalb erarbeiten die Kantone parallel eine interkantonale Vereinbarung, die alles abdeckt. Aber auch diese muss durch jedes Kantonsparlament, und es kann das Referendum ergriffen bzw. eine rechtliche Überprüfung vor Bundesgericht gefordert werden, das wiederum alles stoppen könnte. Daher arbeiten wir parallel, nach dem Motto: «De Ender isch de Gschwinder».

Und auch für diese Erkenntnis hat man 7 Jahre gebraucht?

Zu Beginn galt es, Verantwortlichkeiten zu klären. Da die Kantone für die innere Sicherheit und Polizeiaufgaben zuständig sind, übertrug der Bund ihnen die Lösungsfindung. Unser erster rechtlicher Lösungsansatz wurde jedoch wegen Datenschutzbedenken vom Bundesgericht gestoppt, sodass wir neu anfangen mussten. Jetzt versuchen wir es gemeinsam mit dem Bund auf dem Doppelweg. Solche von Wechselwirkungen geprägten Prozesse dauern ihre Zeit.

Die Deutschschweizer und die Westschweizer Kantone sollen je ein eigenes Konkordat planen. Verhindert der Röstigraben die effiziente Zusammenar-

beit?

Das höre ich zum ersten Mal. Bisher bestehen der Wille und die Absicht, ein einziges gemeinsames Konkordat zu schaffen. Aber den Röstigraben darf es als Hindernis nicht geben.

Was tun Sie, um das zu verhindern?

Die Kantone und Polizeien stehen in engem Austausch, um sicherzustellen, dass lokale Gegebenheiten berücksichtigt werden. Aber es ist so, dass West- und Deutschschweiz unterschiedlich funktionieren. Das macht es mitunter etwas aufwendiger, eine gemeinsame Lösung zu finden. Aber mit den jetzigen Lösungsvorschlägen sind wir auf sehr gu-

tem Weg.

Wenn Sie einen Blick in die Kristallkugel wagen: Bis wann gibt es eine Lösung?

Ich habe in dieser Kristallkugel schon verschiedene Jahreszahlen gesehen und musste sie immer wieder revidieren. (lacht) Nach der Vernehmlassung und der parlamentarischen Beratung könnte das Bundesgesetz 2028 vors Volk kommen. Ohne Referenden auf kantonaler Ebene könnten wir auch dort einen ähnlichen Zeitrahmen erreichen.

Fehler gefunden? Jetzt melden.

0 Kommentare

[Link öffnen](#)

Buzz Gesamt: 4 Reach gesamt: 840'408 Visits gesamt: 25'212'300 AÄW gesamt: 29'700 CHF

[tagesanzeiger.ch](#) | [Der Bund](#) | [Basler Zeitung](#) | [Berner Zeitung](#)